

Kurzfassung über Rechtsgutachten zur Volksabstimmung von 1988 über die «Stadt/Land-Initiative gegen die Bodenspekulation» und rechtlichen Folgen der Missachtung durch Schweizer Bundesrat und beide Parlamente

Business Summary

Volk gegen Politik — Das vorliegende Business Summary ist eine Kurzfassung des “Rechtsgutachtens zur Volksabstimmung von 1988 über die «Stadt/Land-Initiative gegen die Bodenspekulation»...”¹. Die von den Linken eingebrachte, die Eigentumsrechte einschränkende Initiative gegen die Bodenspekulation² wollte eine Kontrolle im Bodenrecht einführen, wurde aber in der Abstimmung vom 4.12.1988 vom Volk mit 69.2% der Stimmen deutlich abgelehnt. Das Volk ist de jure der Souverän, wie aus Art. 193 Abs. 2 & 3 BV hervorgeht, das über die Bundesverfassung (BV) letztendlich entscheidet. Somit hatte dieser Entscheid Gesetzeskraft.

Bundesrat und National- und Ständerat — Mit einem dringliche Bundesratsbeschluss (BB)³, von den beiden Räten am 6. Okt. 1989 abgesegnet, brachte der Bundesrat (BR) die mit der o.e Initiative beabsichtigte Bodenkontrolle trotzdem durch und erst noch rückwirkend – bloss 9 Monate nach der Abstimmung!

Rechtsverbindlichkeit der direkten Demokratie — Ergebnisse von Volksentscheiden werden denjenigen von Parlamenten gleichgestellt⁴, was bedeutet, dass sie “einen gesetzlich genau so bindenden Charakter” haben. Die Schweizerische Direkte Demokratie ist einmalig in der Welt. Der Bürger und Wähler ist der Souverän und nicht die Politiker und auch nicht die Banken.

Schweizer Volksrechte — Als Schweizer Volksrechte werden diejenigen Rechte bezeichnet, die den BürgerInnen ermöglichen, in politischen Sachfragen - abschliessend (Initiativen) - mit zu bestimmen (Abstimmungen). Sie sind Teil der Politischen Rechte und bilden den Kern der direkten Demokratie. Die Volksrechte gewähren dem Volk die Möglichkeit, einerseits selbst Vorschläge zur Revision von Verfassungs- und Gesetzes-Bestimmungen zu machen (Volksinitiative). Die Eidgenössische Bundesverfassung schreibt vor, dass Entscheide die das Volk bei einer Ab-Stimmung getroffen hat, innert 5 Jahren 100% zwingend umgesetzt werden müssen.

Verfassungsbruch mit rückwirkend sofortiger Inkraftsetzung — Da die Volksinitiative verbindliche Texte für Artikel der Bundesverfassung (BV) vorsah, aber abgelehnt wurde, war weder der BR, noch das Parlament berechtigt, so kurzfristig einen Dringlichkeitsbeschluss zu fällen, welcher den Volksentscheid voll-

¹ “Rechtsgutachten über die Volksabstimmung von 1988 über die «Stadt/Land-Initiative gegen die Bodenspekulation» und die rechtlichen Folgen der Missachtung durch den Schweizer Bundesrat und die beiden Parlamente”, Autor, 20.1.18

² «Eidgenössische 'Stadt-Land-Initiative gegen die Bodenspekulation'», <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis158t.html>, Download: Zim/AEO/4 Jan 2018 13:39

³ «Bundesbeschluss über die Sperrfrist für die Veräußerung nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke und die Veröffentlichung von Eigentumsübertragung von Grundstücken» vom 6. Oktober 1989, siehe AS (Amtliche Sammlung des Bundesrechts), Nr. 41, vom 17. Oktober 1989, <https://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc/30002260.pdf?ID=30002260>, Download: Zim/AEO/4 Jan 2018 13:47

⁴ “Wie verbindlich sind Volksentscheide?”, pst, Portal: Deutsche Anwaltsauskunft, 22.8.2014, <https://anwaltsauskunft.de/magazin/gesellschaft/staat-behoerden/wie-verbindlich-sind-volksentscheide>, Download: Zim/AEO/3 Jan 2018 16:18

umfänglich aushebelte und ihn zusätzlich rückwirkend auf bereits unter ‘altem’ Recht getätigte Vorgänge wirksam machte. Dies widerspricht international anerkannter Rechtspraxis, bzw. Rechtsstaatlichkeit, da dadurch die Rechtssicherheit, welche Gesetze vermitteln sollten, ausser Kraft gesetzt wird.

Nichtigkeit nach 1 Jahr — Gemäss Art. 165 Abs. 3 BV hätte dieser Entscheid ein Jahr nach Inkrafttreten wieder ausser Kraft gesetzt werden müssen. Doch der Entscheid wurde bis 1994 in Kraft gesetzt, womit der BR abermals die Verfassung gebrochen hat!

Zinserhöhung durch SNB – Die SNB erhöhte die Zinsen für 1-Tag-Geld von Ende 1987 bis Anfang 1990 von praktisch 0% auf 9%. Die Zinssätze für Neugeschäfte von Hypotheken von Mitte 1988 bis ca. Mitte 1990 erhöhten sich von ca. 5% auf rund 8% gm. SNB-Statistik. Schädigen wäre nicht Aufgabe der SNB!

Auswirkungen — Dieser BB führte, begleitet von der massiven Zinserhöhung durch die SNB, zu einer gewaltigen Lawine von Firmen und vor allem Immobilien-Konkursen, da die Banken auf Firmen- und Hypothekarkredite in einer konzertierten Aktion grössere Sicherheiten verlangten, da sie ansonsten den Kredit aufkündigten. Ebenso entstand eine Immobilien- und Baukrise, da die Immobilienpreise rapide sanken. Dieser wirtschaftlich desaströse Zusammenbruch führte schliesslich zu einer rund 10-jährigen Rezession, was insbesondere auch die Finanz- und Bauindustrie, als auch die übrigen Wirtschaft teils enorm hart traf.

Gewerbefreiheit — Eine Sperrfrist in einem Gewerbe bedeutet, dass Einkauf, Produktion und Verkauf mit längeren Zeitunterbrüchen ruhen. Dies kommt einem temporären Existenzverbot gleich. Beim Immobiliengewerbe war ein Verkaufsstop von fünf Jahren für viele solcher Gewerbetreibende gleichzusetzen mit einer Existenzzerstörung und Vernichtung grosser Mengen an Kapital, wobei die Nutznießer im Wesentlichen die Banken waren.

Eigentumsrechte und kalte Enteignung — Mit der Sperrfrist wurden aber auch die Eigentumsrechte beschnitten, da der Eigentümer nicht mehr frei über sein Eigentum verfügen konnte, was abermals ein Verfassungsbruch ist, da Art. 26 BV die Eigentumsrechte garantiert und Kauf und Verkauf von Eigentum ebenso dazu zählt. Zusätzlich wurden durch die politische Einflussnahme die Bodenpreise gesenkt, was zu einer sogenannten kalten Enteignung führte, welche Bürger und Firmen ihres Eigentums beraubte oder dieses in seinem Wert herabsetzte.

Vermögensdelikt — Dieses Wirtschaftsdesaster war als Ganzes das grösste bisher je in der Schweiz begangene Vermögensdelikt und damit das grösste Finanzen, Eigentum und Existenz betreffende Kapitalverbrechen der Schweizer Geschichte!

Qui bono? — Dieser Kahlschlag in der Immobilienbranche kam ganz eindeutig den Banken zu gute. Sie verloren nichts und gewannen viel! Gekündigte Hypotheken mussten zurückbezahlt werden oder wurden auf Pfändung betrieben, womit die Banken billige Grundstücke und Immobilien kassierten oder Geld, obwohl sie keinen Cent für die Schaffung des Hypothekarkredits aufgewendet haben^{5 6}. In Island konnten sämtliche privaten Hypotheken gelöscht werden, ohne dass die Banken auch nur den geringsten Schaden erlitten hatten. (Bei der Erstellung eines Hypothekarkredits entsteht ein Schuldscheintausch, wodurch alles ausgeglichen ist und die Bank keine Verzinsung und schon gar keine Rückzahlung fordern dürfte. Die Bank verkauft den Originalvertrag weiter oder hinterlegt ihn bei der SNB und kriegt für denselben Betrag Girogeld auf ihr

⁵ Richard Werner, Professor of International Banking at the University of Southampton, UK, and Visiting Professor in Monetary Economics and Development Economics at Goethe-University, Frankfurt, “Can banks individually create money out of nothing? — The theories and the empirical evidence”, *International Review of Financial Analysis* 36 (2014) 1–19, Elsevier

⁶ Franz Hörmann, Prof. Dr., “Das Ende des Geldes”, 237 Seiten, GALILA Verlag, 2011, ISBN 3902533331, 9783902533333, http://www.franzhoermann.com/uploads/2/0/1/9/20192907/20110810-das_ende_des_geldes.pdf

Konto bei der SNB, womit sie in der Schweiz das 40-fache (die Schweiz verlangt 2.5% Mindestreserve), in der EU das 100-fache (die EU verlangt 1% Mindestreserve) an neuen Krediten schöpfen kann.)

Unverjährbarkeit — Laut Art. 790 Abs. 1 ZGB unterliegt die Grundlast keiner Verjährung, was ebenso für Forderungen gilt, für welche ein Grundpfand eingetragen ist. Gemäss «Rechtsgleichheit», Art. 8, Abs. 1 BV, gilt für den der Grundlast Beraubten, also den Opfern die jetzt in den USA unter dem ATS / ATCA klagen, dasselbe, dass seine Forderung an den Räuber unverjährbar ist. Zudem wurde durch die Betreibung der UBS Switzerland AG versus Giuliano S. Wildhaber vom 27.5.2016 beim Betreibungsamt Lütisburg die Verjährung formal iuristisch korrekt unterbrochen und nach fast 30 Jahren ebenfalls geltend gemacht (s. Rechtsgleichheit). Der Kläger Giuliano S. Wildhaber schuldet der UBS diese 1.06 Mio CHF noch vollumfänglich.

Haftung — Da für jeden Juristen leicht einsehbar war, dass hier ein gewaltiger Verfassungsbruch und ein Vermögensdelikt ungeahnter Dimension sich anbahnte, hätten die Banken, allen voran die EBK, rekurren, bzw. eine Volksabstimmung verlangen müssen, was auch jede, wirklich das Volk vertretende politische Partei hätte tun müssen. Statt dessen nutzten die Banken diesen politischen Beschluss schamlos aus, um sich daran masslos zu bereichern (Kaptialverbrechen).

Solidarhaftung — Damit beteiligten sie sich nicht bloss an diesem Vermögensdelikt in ungeahntem Ausmass, sondern sie nutzten ihrerseits die Gunst der Stunde und verstärkten den Effekt durch ein extrem hartes Vorgehen, sowie dadurch, grössere Sicherheiten für Industrie- und Wirtschafts- und Immobilienkredite einzufordern, womit dies nicht bloss in der Immobilien- und Baubranche, sondern zusätzlich in Industrie und Wirtschaft zu Abertausenden von Firmenkonkursen führte, was eine gut 10-jährige Rezession einleitete.

Systemrelevante Grossbanken und Kantonalkassen als Solidarhafter — Die UBS und die CS, als auch die Kantonalkassen und insbesondere die EBK (heute FINMA) und die EFV sind Staats tragend und daher auch als Systemrelevant erkannt worden in den Nuller-Jahren. Es sind Anstalten öffentlichen Rechtes. Demensprechend haben Sie auch einen öffentlichen Auftrag. Das steht in den Kantonalkassen Gesetzen der Kantone. Nämlich die Bevölkerung und insbesondere den Mittelstand mit Geld und Krediten zu versorgen.

Die Schuldigen am Verfassungsbruch — Da sie nicht nur diesen offensichtlichen Verfassungsbruch unterstützten, sondern durch ihr Handeln das immense Vermögensdelikt durch ihr forsches Vorgehen auch noch knallhart umsetzten, sind sie die Haupt-Potentaten und Haupt-Schuldigen dieses Immobilien-Desasters. Wer ein Verbrechen durch sein Handeln ermöglicht (künden von Hypotheken, Betreibungen einleiten) oder mitträgt (Parteienfinanzierung, Stillschweigen), handelt 'kriminell' und macht sich gemäss StGB 'schuldig'.

Mithaftung — Diese Banken hätten sich nicht als willfähige Existenzen-Killer jahrelang vor den Karren der kriminellen Politik spannen lassen und geltendes Recht und die Bundesverfassung mit Füßen treten.

Dringlicher Bundesbeschluss vom 6. Oktober 1989 — Der Bundesratsbeschluss (BB), welcher auch von den beiden Räten am 6.10.1989 verabschiedet und als dringlicher Beschluss gutgeheissen und somit unverzüglich und rückwirkend in Kraft gesetzt wurde, war ein "arglistiger, organisierter Betrug" gemäss Art. 146 Abs. 1 & 2 StGB am Schweizervolk, an Unternehmen und Gewerbetreibenden, insbesondere im Bereiche Bauwirtschaft und Immobiliengewerbe, sowie Privatpersonen.

Staatshaftung — Es ist hier sekundär, wer dieses immense Kapitalverbrechen veranlasst hat. Was hier zählt, sind diejenigen, welche es in die Wege geleitet, umgesetzt, bzw. sich daran beteiligt haben, sei es durch ihr Handeln oder durch Verweigerung ihrer Überwachungsfunktion und -Pflichten.

Der damalige Gesamt-Bundesrat (BR) und Parlamente haben den strittigen Bundesbeschluss (BB) gutgeheissen und somit dieses Kapitalverbrechen initiiert und durch gesetzt. Damit kommt die Staatshaftung per definitionem und per se zu tragen (s. Verantwortlichkeitsgesetz VG), deren Kosten die EFV zu bezahlen hat.

Aufsichts-Organ — Die EZB + die EBK + die EFV waren Aufsichtsorgan der Banken und hätten intervenieren und rekurrieren müssen (Pflichtversäumnis, um ein Verbrechen zu ermöglichen). Sie haben ihre Aufsichtspflichten nicht wahrgenommen und ist somit an diesem Verbrechen massgeblich beteiligt und schuldig.

Das Kapitalverbrechen — Schliesslich haben die Banken dieses Verbrechen, diesen immensen Raubzug auf das Grundeigentum, umgesetzt. Da sowohl die Grossbanken UBS und CS, als auch die Kantonalbanken staatstragend sind und eine öffentliche Aufgabe erfüllen, sind sie an «Treu und Glauben», Art. 5 Abs. 1 und Art. 9 BV, gebunden. Sie waren sich bewusst, dass sie ein Kapitalverbrechen begehen, aktiv (Verschärfung der Sicherheitsanforderungen, Zinserhöhung, bzw. Hypotheken-Kündigung und Immobilien-Pfändung), als auch passiv (durch Nicht-Erfüllen der Sorgfaltspflicht und öffentlichen Aufgabe).

Ungerechtfertigte Bereicherung — Zivilrechtlich können Betroffene gemäss Art. 62 Abs. 1 OR («ungerechtfertigte Bereicherung») eine Rückerstattung verlangen, genauso gemäss Art. 63 Abs. 1 & 3 OR («Zahlung einer Nichtschuld»), da sie sich zum damaligen Zeitpunkt über die Schuldpflicht im Irrtum befunden haben (s. Arbeiten v Franz Hörmann). Daher können sie sich auch auf Art. 23 und Art. 24 Abs. 1 Ziff. 4 OR («Irrtum») berufen, wonach die Opfer das verlorene Geld zurück verlangen können und das mit Zins und Zinseszinsen. In der Schweiz gibt es kein Verfassungsgericht und zudem wären dann die Täter die Richter.

Verluste gemäss Grundbuch-Auszügen belegbar — Die erlittenen Verluste lassen sich alle beweisen durch Grundbuch-Auszüge, sowie einen Nachlass und Status-Belege. Es resultieren Verluste von \$726 Millionen! Diese sind allesamt ausgewiesen und belegen den Vermögens-Stand von vor dem Dekret 1989!

Späte Einforderung der Haftungsansprüche — Die Betroffenen waren durch die übereilten Aktionen der Banken, welche durch den rückwirkend ausgelösten Bundesbeschluss (BB) in Gang kam, teils über mehrere bis viele Jahre damit beschäftigt, existentiell wieder Fuss zu fassen. Vorher war an eine Klage, bzw. Einforderung der Schadenssumme gar nicht zu denken, zumal es teils auch ums Überleben der betroffenen Firmen und Unternehmer ging, was gerade die 'Perfidität' dieses 'kriminellen' Aktes zeigt. Teils wurden, wie dies sattsam bekannt ist, gerade diejenigen, welche am stärksten getroffen wurden, noch zusätzlich von Behörden gepiesackt, damit sie sich umso weniger, bzw. umso länger nicht wehren konnten durch Law-Hunting.

Der casus belli — Doch schliesslich gab die o.e. Betreuung von über 1.06 Mio CHF im gleichen Kontext nach 29 Jahren vs Giuliano S. Wildhaber (Pensioniert) den Ausschlag. Wenn die Bank (hier die UBS) noch nach 29 Jahren Geld aus diesem Raubzug via staatliche Organe geltend machen kann, dann muss dagegen vorgegangen werden. Es kann nicht sein, dass die Kriminalität in Staat und Bankenwesen weiter anhält.

Klage in den USA – Da sowohl der Bundesrat, als auch das Schweizer Parlament für dieses Kapitalverbrechen grünes Licht gegeben haben, welches die Banken unter den Augen von EBK und EFV durchführten, als auch kein Verfassungsgericht in der Schweiz besteht, womit verfassungsrechtliche Klagen beinahe unmöglich sind und auch keine wirkliche Gewaltentrennung (nachweisbar) vorhanden ist in der Schweiz, ist dort eine solche Schadenersatz-Klage nahezu aussichtslos und unbezahlbar wegen den Schweizer Prozesskosten!

K. Zimmermann

Siebten / Wangen / Minusio, 15. Januar 2018

Kaspar J. Zimmermann

m.s. mech.eng. ETH Zurich / SIA, p.g. mechatronics ETH Zurich, journalist sfj/br

AEO, POBox 310, CH-8855 Wangen SZ, Switzerland, M +41 79 601 75 43, e info@aeo.ch

SHORT VERSION OF LEGAL OPINION ON THE 1988 REFERENDUM ON THE „CITY / LAND INITIATIVE AGAINST LAND SPECULATION“ AND THE LEGAL CONSEQUENCES OF DISREGARD BY THE SWISS FEDERAL COUNCIL AND BOTH PARLIAMENTS

Business Summary

People vs. Politics — This business summary is a short version of the "Legal Report on the 1988 referendum on the" City / Land Initiative Against Land Speculation "...". The left-wing property-restricting land speculation initiative sought to introduce control over land law, but was clearly rejected by the people's vote on December 4, 1988, with 69.2% of the vote. The people are de jure sovereign, as evidenced by Article 193 (2) & 3 BV, which ultimately decides on the Federal Constitution (BV). Thus, this decision had legal force.

Federal Council and National and Council of States — With an urgent Federal Council decision (BB), approved by the two councils on Oct. 6, 1989, brought the Federal Council (BR) intended with the oe initiative ground control anyway and only retroactively - only 9 months after the vote!

Legislative validity of direct democracy — Results of referenda are equated with those of parliaments, which means that they have "a legally binding character". Swiss Direct Democracy is unique in the world. The citizen and voter is the sovereign and not the politicians and not the banks.

Swiss People's Rights — Swiss people's rights are those rights that enable citizens to be involved in political issues - in the end (initiatives) - (polls). They are part of the political rights and form the core of direct democracy. The rights of the people give the people the opportunity, on the one hand, to make their own proposals for the revision of constitutional and legal provisions (popular initiative). The Swiss federal constitution stipulates that decisions taken by the people in the event of a vote must be 100% implemented within 5 years. ,

Breakthrough in the constitution with retrospective immediate effect — Since the referendum provided binding texts for articles of the Federal Constitution (BV), but was rejected, neither the BR, nor the Parliament was entitled to urgency decision so quickly, which completely reversed the referendum and additional retroactive on operations already under 'old' law. This contradicts internationally recognized legal practice, or rather the rule of law, as it overrides the legal certainty which should mediate laws.

¹ "Rechtsgutachten über die Volksabstimmung von 1988 über die «Stadt/Land-Initiative gegen die Bodenspekulation» und die rechtlichen Folgen der Missachtung durch den Schweizer Bundesrat und die beiden Parlamente", Autor, 20.1.18

«Eidgenössische 'Stadt-Land-Initiative gegen die Bodenspekulation'», <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis158t.html>, Download: Zim/AEO/4 Jan 2018 13:39

«Bundesbeschluss über die Sperrfrist für die Veräusserung nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke und die Veröffentlichung von Eigentumsübertragung von Grundstücken» vom 6. Oktober 1989, siehe AS (Amtliche Sammlung des Bundesrechts), Nr. 41, vom 17. Oktober 1989, <https://www.amtsdruckschriften.bar.admin.ch/viewOrigDoc/30002260.pdf?ID=30002260>, Download: Zim/AEO/4 Jan 2018 13:47

"Wie verbindlich sind Volksentscheide?", pst, Portal: Deutsche Anwaltsauskunft, 22.8.2014, <https://anwaltsauskunft.de/magazin/gesellschaft/staat-behoerden/wie-verbindlich-sind-volksentscheide>, Download: Zim/AEO/3 Jan 2018 16:18

Nullity after 1 year — According to Art. 165 (3) BV, this decision should have been repealed one year after its entry into force. But the decision was put into force until 1994, with which the BR has once again broken the Swiss Constitution!

Interest rate increase by SNB - The SNB raised the interest rates for 1-day money from the end of 1987 to the beginning of 1990 from practically 0% to 9%. The interest rates on new mortgage business from mid-1988 to mid-1990 increased from around 5% to around 8% gm. SNB statistics. Damaging the Swiss economy would not be the task of the Swiss SNB!

Impact - This BB, along with the SNB's massive interest rate hike, led to a massive avalanche of firms and, above all, real estate bankruptcies as banks demanded greater collateral on corporate and mortgage loans in a concerted action, otherwise they would terminate the loan, Similarly, a real estate and construction crisis, as the housing prices dropped rapidly. This economically disastrous collapse finally led to a recession of around 10 years, which hit the financial and construction industries as well as the rest of the economy in some cases enormously hard.

Freedom of Trade - A lock-up period in a trade means that purchasing, production and sales rest with longer time interruptions. This is equivalent to a temporary ban on existence. For the real estate industry, a five-year sell-off was the equivalent of destroying and destroying large amounts of capital for many such traders, with the beneficiaries being essentially the banks.

Property Rights and Cold Expropriation - The retention period also curtailed property rights, as the owner was no longer free to dispose of his property, which is again a constitutional breach, as Art. 26 BV guarantees ownership and purchase and sale of property as well also includes. In addition, political influence reduced land prices, leading to a so-called cold expropriation, which deprived citizens or firms of their property or reduced its value.

Asset offenses - This economic disaster was as a whole the largest property crime ever committed in Switzerland and thus the largest financial, property and existence capital crimes in Swiss history!

Qui bono? — This clear cut in the real estate industry clearly benefited the banks. They lost nothing and won a lot! Canceled mortgages had to be repaid or garnished, giving banks cheap land and real estate or money, even though they did not spend a penny on the mortgage loan. In Iceland, all private mortgages could be erased without the banks having suffered even the slightest damage. (When creating a mortgage loan, a promissory note is exchanged, which means everything is balanced and the bank is not expected to pay any interest and no repayment.) The bank resells the original contract or deposits it with the SNB and gets Girogeld into its account at the SNB, which allows it to draw 40 times (Switzerland requires 2.5% minimum reserve) in Switzerland, 100 times in the EU (the EU requires 1% minimum reserve) on new loans.)

5 Richard Werner, Professor of International Banking at the University of Southampton, UK, and Visiting Professor in Monetary Economics and Development Economics at Goethe-University, Frankfurt, “Can banks individually create money out of nothing? — The theories and the empirical evidence”, *International Review of Financial Analysis* 36 (2014) 1–19, Elsevier

Franz Hörmann, Prof. Dr., “Das Ende des Geldes”, 237 Seiten, GALILA Verlag, 2011, ISBN 3902533331, 9783902533333, http://www.franzhoermann.com/uploads/2/0/1/9/20192907/20110810_the_end_of_your_money_or_das_ende_des_geldes.pdf

Statelessness - According to Art. 790 para. 1 ZGB, the base load is not subject to any statute of limitations, which also applies to claims for which a mortgage pledge is registered. According to "Equality of Law", Art. 8, para. 1 BV, the same applies to the person who has been robbed of the base load, that is to say the victims who are now suing in the US under the ATS / ATCA, that his claim against the robber is unannounceable. In addition, the statute of limitations was formally iuristically correctly interrupted by the operation of UBS Switzerland AG versus Giuliano S. Wildhaber on 27 May 2016 at the debt collection office in Lütisburg and also asserted after almost 30 years (see legal equality). Plaintiff Giuliano S. Wildhaber still owes UBS 1.06 million CHF in full.

Liability - Since it was easy for every lawyer to see that a huge constitutional breach and a property crime of unimaginable dimensions was about to happen, the banks, especially the SFBC, would have to resign or demand a referendum, which would include any political party that really represented the people Party should have done. Instead, the banks shamelessly exploited this political decision in order to enrich themselves enormously (capital crime).

Solidarity - Not only did they participate in this property crime to an unimaginable extent, but they took advantage of the turn of the day and reinforced the effect by an extremely harsh procedure, and by calling for greater collateral for industrial and economic and real estate loans, which Not only in the real estate and construction industry, but also in industry and business led to thousands of corporate bankruptcies, which ushered in a good 10-year recession.

Systemically important big banks and cantonal banks as solidators - UBS and CS, as well as the Cantonal Banks and in particular the SFBC (now FINMA) and the EFV are state-supporting and therefore also recognized as system-relevant in the 1990s. They are institutions of public law. Demensprechend you also have a public contract. That stands in the cantonal banks laws of the cantons. Namely to provide the population and especially the middle class with money and loans.

The culprits of the constitutional break - Since they not only support this obvious breach of the constitution, but by their actions, the brutal asset fraud by their brute action even tough, they are the main potentates and main culprits of this real estate disaster. Who enables a crime by his actions (announce mortgages, initiate or carry out operations) or contributes (party financing, silence), acts 'criminal' and makes himself guilty according to the Criminal Code.

Joint liability - These banks would not have been as willing resignation killer for years stretched before the cart of the criminal policy and valid law and the Federal Constitution with feet kick.

Urgent Federal Decree of 6 October 1989 - The Federal Council decision (BB), which was also passed by the two councils on 6 October 1989 and approved as an urgent resolution and thus immediately and retroactively came into force, was a "fraudulent, organized fraud" pursuant to Art 146 para. 1 & 2 of the Swiss Penal Code, to companies and businesses, especially in the construction and real estate sectors, as well as private persons.

State liability - It is secondary here who has caused this immense felony. What matters here are those who have initiated, implemented, or participated in it, either through action or by denying their oversight and oversight.

The then Federal Council (BR) and parliaments have approved the controversial federal decree (BB) and thus initiated this capital crime and enforced. This is the state liability by definition and per se (see Responsibility Act VG), the cost of which has to pay the EFV.

Supervisory bodies - The ECB + the SFBC + the EFV were the supervisory bodies of the banks and should have intervened and recourse (compulsory default to allow a crime). They have not exercised their supervisory responsibilities and are therefore significantly involved in this crime and guilty.

The Capital Crime - After all, the banks have implemented this crime, this immense raid on landed property. Since both the big banks UBS and CS, as well as the cantonal banks are state-owned and perform a public task, they are bound by "good faith", Art. 5 (1) and Art. 9 BV. They were aware that they were committing a capital offense (tightening security requirements, raising interest rates, mortgage notice and real estate seizure), as well as passive (by failing to comply with due diligence and public duty).

Unjust enrichment - Under civil law, according to Art. 62 (1) OR ("unjust enrichment"), data subjects can demand reimbursement, in the same way as in Art. 63 Para. 1 & 3 CO ("Payment of a non-debt"), since at that time they were over have found the obligation to be guilty in error (see works by Franz Hörmann). Therefore, they may also refer to Art. 23 and Art. 24 para. 4 OR ("error"), according to which the victims can demand the lost money back and that with interest and compound interest. In Switzerland, there is no constitutional court and then the perpetrators would be the judges.

Losses according to land register extracts provable - The losses suffered can all be proved by land register excerpts, as well as a discount and status documents. There are losses of \$ 726 million! These are all expelled and prove the assets state of before the decree 1989!

Late claim of the liability claims - The affected persons were busy through the hasty actions of the banks, which was initiated by the retroactively triggered federal decree (BB), partly over several to many years, existentially to gain a foothold again. Previously, a lawsuit, or demand for the amount of damage was not to think, especially since it was partly about the survival of the companies and entrepreneurs concerned, which shows just the 'perfection' of this 'criminal' act. Partly, as is well known, especially those who were hit hardest were additionally pestered by authorities, so that they could defend themselves all the less, or even longer, by law hunting.

The casus belli — But finally the o.e. Operation of over CHF 1.06 million in the same context after 29 years vs. Giuliano S. Wildhaber (Retired) became the reason and motivation for his complaint now in the USA-Fla. Under ATS / ATCA. If the bank (here UBS) can still claim money from this raid on state organs after 29 years, then it must be acted upon. It can not be that the crime in state and banking continues and never ends.

Lawsuit in the US - Since both the Federal Council and the Swiss Parliament have given the green light for this capital crime, which the banks carried out in the eyes of the SFBC and the EFV, and there is no constitutional court in Switzerland, making constitutional claims almost impossible and no real separation of powers (detectable) exists in Switzerland, there is such a claim for damages almost hopeless and priceless because of the exorbitant Swiss process costs! So a David never can sue a Goliath. No chance!



Siebnen / Wangen / Minusio, 15. Januar 2018

Kaspar J. Zimmermann

m.s. mech.eng. ETH Zurich / SIA, p.g. mechatronics ETH Zurich, journalist sfj/br

AEO, POBox 310, CH-8855 Wangen SZ, Switzerland, M +41 79 601 75 43, e info@aeo.ch

BETREIBUNG = 1. LEGAL STEP IN SWITZERLAND 09/18/2016

Statement on the Fake-Press-Release from SECO from 08/22/2020

The Story: It should be mentioned that the 3x Italian investors and the CEO of HRDs Giuliano Wildhaber were business friends 30 years ago. Then we lost sight of each other. Whereupon I got in touch with the three Italian investors again in 2016 and explained to them the whole Scam (the Century Fraud in my opinion, sorry) from **October 6th 1989** for the first time in their life. **Up until that day, these three investors had never seen through the illegal decree 10/06/1989. Suspected yes, but never figured out.** Like all the other Swiss & Foreign Citizens not. **I saw through since 1989** ! Then I explained that in 2016 to this shocked Italian investors this 5x Constitutional Frauds = **They asked me: PLEASE HELP US ?! Ok, HRDs will help you !!**

In 2016, on September 18 already a first attempt had been made to pursue over Swiss Francs 300.00 million plus 5% interest p.a. with this **“Betreibung” to prevent the 20 years Statute of Limitations in Switzerland legally correct under the Swiss Law = We did in time !**

Der Text: **Es geht um die Verjährungsfristen für alle Forderungen vor dem 1997. Diese 20 Jahre Frist läuft Ende 2016 ab.**

The original text: **It concerns the limitation periods for all claims before 1997. This 20 year period expires at the end of 2016 (under Swiss Law).**

But the Swiss authorities tried nearly three (3x) months to make the delivery in 2017. But then we would not have interrupted the statute of limitations. **We never would have been able to sue now.** You need to know that in 99% of all cases in Switzerland, the delivery of such a claim takes place within not more than five days. On December 8, 2016 then finally done, after threatening with criminal charges several times. But 4 days later and we would have already lost. **Up the December 12 (Friday), 2016 all this offices would have been closed.**

We are still very vulnerable in Switzerland. Only that's why our Human Rights Defenders Inc. (IBC No. 188020) Seychelles approach. In order to avoid such or similar repression directly in the **Human Rights Defenders Verein (Society) in Switzerland (with the Register-No. CHE-316.818.976),** we decided to file a lawsuit with Human Rights Defenders in the Seychelles (SYC is also an ICSID member), which belongs to the same group (association) of **three (3x) Human Rights Defenders Companies** (s. the USA-FL. Human Rights Defenders Inc. with Register No. P15000084205 in US-FL.). **3x HRDs in the Group: CH-Switzerland + US-USA + SY-Seychelles !**

Only therefore the (HRDs) Human Rights Defenders Group took on this job now and like that. That we did always lost is only half of the story. In the USA-Florida, Giuliano Wildhaber sue v. EFV & EBK et al (28x Swiss Banks). After all, Giuliano Wildhaber was among the first five percent (5%) of 8000 submissions to the Supreme Court of the United States (USSC-Case No. 18-1414 = Recorded in detail under Overview in this Homepage). Lost only because of the 10 years US-ATS/ATCA statute of limitations. What is certain is that Giuliano Wildhaber never received any counterclaim for false accusations since today! And why not? **Very easy: Because Giuliano Wildhaber pleaded all the time for the truth with 100% proofs. All 1989 Crimes occurred 100% publicly in Switzerland. Therefore denying is 100% pointless.**

ICSID-Case No. ARB/20/29 = for 1'200'000'000 CHF

Our current lawsuit at ICSID is based on these already **100% Proven SIX Facts**:

01. The referendum (Stadt & Land Initiative) of December 4, 1988 was just as legally binding as e.g. a USSC verdict. As a result, four times NO against any restrictions in land and real estate law, because of speculation (12/04/1988 + TI Daily News 10/06/1989 + political opinions in 2015 = video-proofs).

02. On October 6, 1989, barely nine months later, the greatest constitutional fraud in swiss history took place. The four times NO were turned into a YES overnight (the urgent Sperrfristenbeschluss).

01. That was constitutional fraud: Number ONE !

03. This extraordinary blocking period was decided for 5 years and was even maintained for 5 years. However, emergency law in Switzerland can only be passed by parliament for a maximum of 1 year. Never for five years. After a year Switzerland would have by law a new referendum by asking the Swiss voters, the real sovereign in Switzerland, because of our unique Direct Democracy, the 100% same question. Nothing happened. Over the next 5 years everyone was expropriated (video-proof).

02. That was constitutional fraud: Number TWO !

04. In addition, the emergency law in the Federal Constitution expressly forbids any restricting of The Fundamental Rights, like property (03.) and work (04.). Both rights are one hundred percent free from any emergency law.

03. That was constitutional fraud: Number THREE !

04. That was constitutional fraud: Number FOUR !

05. New laws cannot be enacted retrospectively. This contradicts any legal system and also our Swiss Federal Constitution.

05. That was constitutional fraud: Number FIVE !

06. Answer to the Press Release of August 20, 2020 by SECO Switzerland (Lukas Siegenthaler): Neither the National Council (200x) nor the Council of States may recommend a coup to the Federal Council in advance. In addition, the vote in the National Council was void because only 25x Parliamentarians were present. According to the Federal Constitution, the presence of at least 101x out of 200x would have been required (see under More Proofs = Video-Proof in the HP = The Scam 100% live on CAM).

06. That was constitutional fraud: Number SIX !

09/06/2020 /s/ Giuliano Wildhaber

Italy–Switzerland relations

Diplomatic relations between Italy and Switzerland have traditionally been close and are currently governed by a complex set of treaties (including those with the European Union (EU), of which Italy is a member).^[1]

The two countries share a long border and three common languages (Italian is one of Switzerland's four official languages, German and French are recognised minority languages in Italy; moreover, Romansh is close to Ladin and Friulian, spoken in Northern Italy). There are 48,000 Swiss in Italy and Italian citizens are the largest foreign group in Switzerland: 500,000 including those with dual citizenship. Switzerland was a popular destination for Italian emigrants in the 19th century and between 1950 and 1970 half of all foreigners in Switzerland were Italian. There are also more Swiss schools in Italy than any other country in the world.^[1]

Italy is Switzerland's second largest trading partner and Switzerland is Italy's 8th largest investor (CHF 22bn) creating 78,000 jobs. Italy invests CHF 6bn in Switzerland and creates 13,000 jobs.^[1] The two are integrated heavily through the EU's treaties with Switzerland and Switzerland is also part of the EU's Schengen Area which abolishes international borders between Schengen states.

Italian-Swiss relations



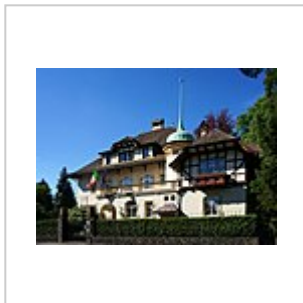
Italy



Switzerland

Resident diplomatic missions

- Italy has an embassy in Bern and consulates-general in Geneva, Lugano and Zürich and a consulate in Basel.
- Switzerland has an embassy in Rome and a consulate-general in Milan.



Embassy of Italy in Bern



Consulate of Italy in Basel



Consulate-General of Italy in Geneva



Consulate-General of Italy in Lugano

Bilateral relations Switzerland–Italy

The traditionally good relations between Switzerland and Italy are characterised by close economic, political, human and cultural ties, a common language and frequent visits at all levels.

Key aspects of diplomatic relations

Bilateral relations between Switzerland and Italy are based on a complex set of agreements. Representatives of the governments and administrative authorities of the two countries meet on a regular basis. The main institutionalised platforms are the dialogue on economic matters, the dialogue on cross-border cooperation and the Switzerland-Italy Dialogue Forum. In addition, there are regular exchanges on current international issues and cooperation in multilateral bodies, as well as formal institutional contacts between both nations' parliaments. The last state visit by an Italian president to Switzerland was made by Giorgio Napolitano from 20 to 21 May 2014.

Around 320,000 Italian nationals live in Switzerland, constituting the largest expatriate community in the country. The Italian community in Switzerland is an important social factor in relations between the two countries, not least because it gives the Italian language greater weight in Switzerland.

[Treaty database](#)

Economic cooperation

Italy is Switzerland's third most important trading partner. In 2017, Switzerland exported goods worth CHF 15.8 billion to Italy and imported goods worth CHF 19.8 billion, resulting in a total trade volume of CHF 35.6 billion. Investment flows in both directions are of major economic significance for both countries. Total Swiss direct investments in Italy at the end of 2016 amounted to CHF 16 billion. Italian direct investments in Switzerland at the end of 2016 totalled CHF 4.6 billion.

Art. 4¹

¹ Aufgehoben durch Art. 16 Ziff. 3 des Abk. vom 26. Febr. 2007 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Italien betreffend den Militärdienst der Doppelbürger, mit Wirkung seit 1. Sept. 2008 (SR [0.141.145.42](#)).

Art. 5

Weder in Friedens- noch in Kriegszeiten darf auf das Eigentum eines Bürgers des einen der beiden Länder in dem Gebiete des andern irgendeine andere oder höhere Taxe, Gebühr, Auflage oder Abgabe gelegt oder davon gefordert werden, als auf das gleiche Eigentum gelegt oder davon gefordert würde, wenn es einem Bürger des Landes oder einem Bürger der am meisten begünstigten Nation angehören würde. Dabei ist übrigens verstanden, dass einem Bürger des einen der beiden Staaten in dem Gebiete des andern nicht irgendeine andere oder höhere Abgabe auferlegt oder von ihm erhoben werden darf, als solche einem Bürger des Landes oder einem Bürger oder Untertan der am meisten begünstigten Nation auferlegt oder von demselben erhoben werden.

Art. 6

Die Bürger eines der beiden Länder geniessen auf dem Gebiete des andern beständigen und vollkommenen Schutz für ihre Personen und ihr Eigentum. Demzufolge haben sie freien und leichten Zutritt zu den Gerichtshöfen zur Verfolgung und Verteidigung ihrer Rechte, und zwar vor jeder Instanz und in allen durch die Gesetze aufgestellten Arten von Jurisdiktion. Sie dürfen in allen Fällen die Advokaten, Anwälte oder Agenten jeder Klasse nach freier Wahl zur Besorgung ihrer Rechtssachen unter denjenigen Personen wählen, die nach den Landesgesetzen zur Ausübung dieser Berufsarten befugt sind. Sie geniessen in dieser Beziehung die gleichen Begünstigungen, welche die Angehörigen des Landes gegenwärtig geniessen oder später geniessen könnten, und sie sind auch den gleichen Bedingungen unterworfen.

Art. 7

Um vor Gericht erscheinen zu dürfen, liegen den Bürgern beider Staaten bloss diejenigen Kautionen und Formalitäten zu beobachten ob, die den eigenen Angehörigen vorgeschrieben sind.

Art. 8

Wenn ein Schweizerbürger, welcher auf dem Gebiete der Schweizerischen Eidgenossenschaft Eigentum besitzt, fallit oder bankrott wird, so dürfen die allfälligen italienischen Gläubiger ihre Hypotheken auf dem nämlichen Fusse, wie dies von schweizerischen Gläubigern geschehen darf, geltend machen, und sie werden vom vorhandenen Vermögen des Falliten nach dem Grade und der Ordnung ihrer Inskriptionen ohne Unterschied gleich den Einheimischen bezahlt.

Die Chirographar-Gläubiger sowie die einfachen Gläubiger werden, mögen sie dem einen oder andern der beiden Länder angehören, ohne Unterschied und nach den in der Schweiz in Kraft bestehenden Gesetzen behandelt.

Die gleichen Bestimmungen werden in Italien gegenüber den schweizerischen Hypothekar-, Chirographar- oder einfachen Gläubigern eines fallit oder bankrott gewordenen Italieners, welcher Eigentum auf dem Gebiete des Königreichs besitzt, in Anwendung gebracht.

Art. 9¹²

Art. 6

Les citoyens d'un des deux pays jouiront sur le territoire de l'autre de la plus constante et complète protection pour leurs personnes et pour leurs propriétés. Ils auront, en conséquence, un libre et facile accès auprès des tribunaux de justice, aux fins de poursuivre ou défendre leurs intérêts et leurs droits dans tous les degrés d'instance et dans toutes les juridictions établies par les lois. A cet effet, ils seront libres d'employer, dans toutes les circonstances, des avocats, avoués ou agents quelconques et de les choisir parmi les personnes admises à l'exercice de ces professions, d'après les lois du pays. Enfin, ils jouiront, sous ce rapport, des mêmes privilèges que ceux dont jouissent ou jouiront les nationaux, et ils seront soumis aux mêmes conditions.

Art. 7

Pour être admis à ester en justice, les citoyens des deux Etats ne seront tenus, de part et d'autre, qu'aux mêmes cautions et formalités prescrites pour les nationaux eux-mêmes.

Art. 8

Lorsqu'un citoyen suisse possédant des biens sur le territoire de la Confédération viendra à être déclaré en faillite ou banqueroute, les créanciers italiens, s'il y en a, seront admis à faire valoir leurs hypothèques sur le même pied que les créanciers hypothécaires suisses et ils seront payés sans distinction sur lesdits biens suivant le grade et l'ordre de leurs inscriptions.

Les créanciers chirographaires, ainsi que les impôts créanciers seront traités sans distinction, qu'ils appartiennent à l'un ou à l'autre des deux pays, en conformité des lois en vigueur en Suisse.

Les mêmes dispositions seront appliquées en Italie envers les Suisses créanciers hypothécaires, chirographaires ou simples créanciers d'un Italien déclaré en faillite ou banqueroute qui possède des biens sur le territoire du Royaume.

Art. 9¹²

Les citations ou notifications des actes, les déclarations ou interrogatoires des témoins, les rapports des experts, les actes d'instruction judiciaire, et, en général, tout acte qui doit avoir exécution, en matière civile ou pénale, d'après commission rogatoire du tribunal d'un pays sur le territoire de l'autre, doit recevoir son exécution sur papier non timbré et sans paiement de frais.

Néanmoins cette disposition ne se rapportera qu'aux droits dus en pareils cas aux Gouvernements respectifs et ne comprendra en aucune façon ni les indemnités dues aux témoins, ni les émoluments qui pourraient être dus aux fonctionnaires ou avoués, toutes les fois que leur intervention serait nécessaire, d'après les lois, pour l'accomplissement de l'acte demandé.

¹ Voir aussi l'art. III du Prot. du 1^{er} mai 1869 concernant l'exécution des Conv. conclues et signées à Berne et à Florence entre la Suisse et l'Italie le 22 juil.1868 (RS [0.142.114.541.1](#)).

² Pour l'entraide judiciaire en matière pénale sont applicables la Conv. européenne d'entraide judiciaire en matière pénale du 20 avr. 1959 (RS [0.351.1](#)) et l'Ac. du 10 sept. 1998 entre la Suisse et l'Italie en vue de compléter la Conv. européenne d'entraide judiciaire en matière pénale du 20 avr. 1959 et d'en faciliter l'application (RS [0.351.945.41](#)).

Art. 10